



Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 19. April 2016

Freiwilliges Engagement für Geflüchtete nachhaltig stärken

Der Beitrag der freiwilligen Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden – in fast allen Bereichen von Unterbringung bis Integration haben sie sich zu wichtigen Säulen entwickelt. Sie heißen die Asylsuchenden täglich willkommen, sammeln und verwalten Spenden, helfen bei Behördengängen, Spracherwerb oder Kinderbetreuung.

Dafür verdienen sie Dank und Anerkennung. Der Senat darf jedoch nicht aus der Verantwortung entlassen werden, seinen Aufgaben nachzukommen. Uns Grünen ist es wichtig, dass es langfristig zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den freiwillig Engagierten und den Behörden kommt. Wir wollen, dass sich das gesellschaftliche Engagement durch nachhaltige Unterstützung optimal entfalten kann, ohne dass den Freiwilligen weiterhin Überforderung als Lohn für ihren Einsatz droht. Wir möchten dazu beitragen, dass es klare Strukturen und Zuständigkeiten in der Zusammenarbeit gibt, die den Freiwilligen Raum geben mitzugestalten, ohne dass staatliche Verantwortungsbereiche in Frage gestellt werden.

Ein weiteres Ziel ist es, die etablierten Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements mit den neuen Initiativen zusammenzubringen: Wo können sie voneinander profitieren? Was können sie voneinander lernen? Dafür machen wir kurzfristige und langfristige Vorschläge.

Oft braucht es nur guten Willen und kreative Lösungen, um für alle Seiten enorme Fortschritte zu erzielen. Nicht zuletzt bieten die Anforderungen an Kooperationsbereitschaft und Anerkennung, die sich aus der Quantität und Qualität der freiwilligen Arbeit für die Geflüchteten in Berlin derzeit ergeben, die Chance, endlich zu Neuerungen zu kommen, die schon lange überfällig sind. In anderen Bundesländern findet freiwilliges Engagement auf einem ganz anderen Niveau der Einbindung und Anerkennung statt, Berlin könnte und muss jetzt aufschließen.

Verträge mit den Betreiber*innen von Unterkünften neu gestalten

Die Kooperation mit Unterstützungsinitiativen muss Voraussetzung für die Vergabe von Unterkünften an Träger sein. Wir brauchen Transparenz und Standards für die Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten in den Verträgen mit Einrichtungsbetreibern. Dazu gehört außer dem geregelten Zugang zum Gebäude z. B. auch das Recht – in Absprache – vorhandene gemeinschaftliche Räumlichkeiten für Unterricht, Kinderbetreuung und anderes zu nutzen und WLAN einzurichten. Wir begrüßen es, dass unsere Forderung, Stellenanteile für die Koordination von freiwilliger Arbeit in den Unterkünften vorzusehen, umgesetzt wurde. Vorschläge der bezirklichen Stellen für die Koordinierung von Flüchtlingsangelegenheiten sollten bei der Betreiberauswahl berücksichtigt werden.

Bildungs- und Reflexionsmöglichkeiten für die Freiwilligen

Bildungsangebote wie Sprachkurse oder Kurse zum Asylrecht sind zur Unterstützung der Helfer*innen unerlässlich. Die Freiwilligen brauchen außerdem Angebote für Supervision und Coaching, um ihre Erlebnisse zu verarbeiten. In Berlin bestehen bislang hauptsächlich freiwillige Angebote von ehrenamtlich tätigen Supervisor*innen, die über die Websites der Initiativen verteilt werden. Sie sind eine der vielen freiwilligen Leistungen, die die Stadt derzeit am Laufen halten. Hier müssen dringend weitere Angebote strukturell eingeführt werden, zum Beispiel indem Supervision für freiwillige Helfer*innen bei den Vergütungen der Träger in der Flüchtlingshilfe bzw. den Einrichtungen einkalkuliert oder Mittel dafür den Bezirken zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Auch die bezirklichen Ehrenamtsbüros und Freiwilligenagenturen benötigen hierfür finanzielle Ressourcen. Es ist zu prüfen, ob zusätzliche Gelder aus den Bundesmitteln genutzt werden können, die den Ländern für die Versorgung der Geflüchteten zustehen.

Koordinierungsstellen schaffen: „Ehrenamt braucht Hauptamt“

Mit professioneller Koordinierung kann freiwilliges Engagement gezielt unterstützt und gestärkt werden. Die Hilfe kommt dann besser dort an, wo sie benötigt wird, und die Engagierten erhalten die Informationen und Beratung, die für sie wichtig sind. Außerhalb der Unterkünfte für Geflüchtete ist eine Koordinierung der Hilfen an Knotenpunkten wie Schulen, bei psychologischer Betreuung oder im Bezirk besonders gefragt. Wir schlagen folgende Instrumente vor, um kurzfristig für Erleichterung zu sorgen:

- **Etat + Servicestelle für Willkommensklassen:** Jede Schule mit Willkommensklassen bekommt einen Etat für Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen sowie die Organisation und Begleitung der Ehrenamtlichen. Organisatorisch unterstützt werden sie dabei von einer Servicestelle, die für mehrere Schulen zuständig ist.
- **Etat + Servicestelle für Xenion und das Zentrum für Folteropfer:** In beiden Einrichtungen arbeiten Fachkräfte (u. a. Ärzt*innen, Psycholog*innen, Trauma-Therapeut*innen und Begleiter*innen) freiwillig und unbezahlt. Eine Stelle für Koordination und Beglei-

tung würde ein vielfaches an freiwilligen, qualifizierten Arbeitsstunden für beide Einrichtungen ermöglichen.

- **Zusätzliche Mittel für die Stadtteilzentren** waren ein erster guter Schritt, aber nur ein Schritt unter vielen nötigen. Die Umsetzung der entsprechenden Projekte sollte begleitet und evaluiert werden, um die Wirkung der Maßnahmen und eventuellen Verbesserungsbedarf sichtbar zu machen.
- **Engagementbeauftragte in allen Bezirken:** Gute Erfahrungen in Neukölln, Pankow und Tempelhof-Schöneberg zeigen, dass Engagementbeauftragte durch koordinierende und organisatorische Tätigkeiten eine wichtige Unterstützung für die Initiativen sein können.

Langfristig mit einer „Berliner Ehrenamtsstrategie“ alles neu aufrollen

Es gibt eine etablierte „Ehrenamtspolitik“ in Berlin, die in den Bezirken unterschiedlich gut läuft und auf Senatsebene so gut wie gar nicht. Eine Studie hat ergeben, dass die Webpräsenz der etablierten Angebote unübersichtlich ist.

Die Vorgehensweise der Landesfreiwilligenagenturen setzt auf eine detaillierte Ermittlung von Interessen der Freiwilligen, beruht auf Vereinbarungen mit Trägern, setzt auf Begleitung und Reflexion. Dieser behutsame Rahmen ist wichtig für Engagierte, die ihren Einsatz langfristig und sorgfältig planen möchten, wie z. B. ältere Menschen, erreicht aber selten neue Initiativen.

Langfristig kann eine „Landesstrategie zur Förderung des Ehrenamtlichen Engagements“ dazu beitragen, die unterschiedlichen Formen des Engagements zusammenzubringen, zu vernetzen und dadurch zu stärken. Wir schlagen dazu vor, dass Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, darunter sowohl von traditionsreichen Organisationen als auch von neuen Initiativen, aber auch individuell engagierte Menschen, sowie Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und Wirtschaft gemeinsam die Ausgangslage besprechen und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Ziel ist die Schaffung verbindlicher Strukturen und die Eröffnung von Räumen für freiwilliges Engagement in Berlin. Im Gegensatz zum Senat ist es uns dabei wichtig, auf bestehenden Strukturen in der Stadt aufzubauen. Eine wichtige Rolle fällt hierbei dem „Landesnetzwerk Bürgerengagement – aktiv in Berlin“ zu, das seit über zehn Jahren, bislang weitestgehend ohne staatliche Unterstützung, erfolgreich bestehende Strukturen bündeln konnte.

Ein weiteres Hauptziel einer solchen „Ehrenamtsstrategie“ ist es, die Zusammenarbeit zwischen freiwillig Engagierten und der Berliner Verwaltung auf neue Grundlagen zu stellen. Egal ob Verkehrsinitiative oder Bildungsprojekt für Schüler*innen: Die so genannten Ehrenamtlichen werden von Verwaltung und öffentlichem Dienst oftmals als Störung empfunden. Bei Anfragen nach Informationen oder der Forderung nach Beteiligungsmöglichkeiten wird eher geprüft, was nicht geht, anstatt zu schauen, was möglich gemacht werden könnte. Deswegen sollte die Ver-

waltung in der Kooperation mit Initiativen geschult werden. Das umfasst verbindliche Vereinbarungen und geht bis zu Schulungen im „Umgang mit Ehrenamt“.

Last but not least: Anerkennung von freiwilligem Engagement

Viele Helfer*innen legen kaum Wert auf Häppchen oder Blumen, interessieren sich nicht für Auszeichnungen oder große Empfänge. Mitbestimmung und Kooperation „auf Augenhöhe“ ist hingegen DIE Anerkennung, die die allermeisten Engagierten einfordern: vom „Heim-Watching“ über die Beiräte bis hin zu Bürgerinitiativen. Das gilt insbesondere auch in der Flüchtlingshilfe. Der offene Brief zahlreicher Unterstützergruppen an die Politik vom Februar 2016 hat gezeigt, dass es das Hauptanliegen der Engagierten ist, Gehör für ihre Forderungen zur Verbesserung der Situation für Geflüchtete zu finden. In diesem Sinne wird auch die unbürokratische Ausstellung von Führungszeugnissen durch die Bürgerämter als Anerkennung gelobt. Ein größeres Angebot an kostenlosen BVG-Tickets ist ein weiterer notwendiger Schritt, um das Engagement durch verbesserte Mobilität zu ermöglichen und zu unterstützen.

Andererseits gibt es wiederum Engagierte, für die ein Zeichen der Wertschätzung eine Bedeutung hat, die daraus Kraft und Motivation schöpfen. Deshalb gilt: Anerkennungskulturen müssen so unterschiedlich sein wie die Engagierten, die geehrt werden sollen.

Es ist ein erster Schritt des Senats, dass es den Berliner FreiwilligenPass nun auch für freiwilliges Engagement in der Flüchtlingshilfe gibt. Das kann jedoch nicht alles sein. So soll der von uns Grünen in diesem Jahr erstmals initiierte Tag „Berlin-sagt-Danke“ weiterentwickelt und gezielt für die in der Flüchtlingshilfe Tätigen umgesetzt werden.

Als Innovation für die Anerkennungskultur in Berlin schlagen wir eine neue Ehrenamtskarte vor. Die bisherige Ehrenamtskarte steht jährlich nur für 4.500 Engagierte in Berlin zur Verfügung und bietet eine zusammenhanglose Ansammlung nur wenig vergünstigter, kommerzieller Kultur- und Sportangebote, die nur in geringem Maße die Interessen der Karteninhaber*innen abdecken können. Wir möchten deshalb verschiedene Ehrenamtskarten zur Wahl stellen. Die Angebote sollten dabei nicht nur attraktiv, sondern auch exklusiv sein, also käuflich nicht zu erwerben, und persönlich, also für die/den Engagierten selbst. Es könnte zum Beispiel eine Filmkarte, eine Opernkarte, eine Museums-, Sport- oder Musikkarte geben.